

## BUNDESINSTITUT FÜR OSTDEUTSCHE KULTUR UND GESCHICHTE: EINE NEUGRÜNDUNG IM BEREICH DES BUNDESMINISTERIUMS DES INNERN

Am 1. April 1989 hat in Oldenburg i. O. das Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte seine Arbeit aufgenommen. Nun – im 4. Jahr seines Bestehens – ist der Aufbau des Instituts abgeschlossen: Die 4 Wissenschaftsbereiche sind errichtet, 3 Wissenschaftler arbeiten im Bereich „Geschichte“, je 2 in den Bereichen „Literatur/Sprache“, „Volkskunde“ und „Kunst“. Seiner Struktur nach ist das Bundesinstitut eine Behörde, seine Bediensteten sind – zumindest in der Regel – Beamte; seiner Aufgabe nach ist das Institut eine wissenschaftliche Einrichtung, welche von der Bundesregierung, insbesondere dem unmittelbar vorgeordneten Bundesministerium des Inneren, Aufträge erhalten kann, in seiner wissenschaftlichen Arbeit jedoch unabhängig ist. *Seine wissenschaftlichen Mitarbeiter führen denn auch Beamtentitel wie „Wissenschaftlicher Direktor“ (als Mitarbeiter eines Wissenschaftsbereiches) oder „Leitender Wissenschaftlicher Direktor“ (als Leiter eines Wissenschaftsbereichs).*

Die Aufgaben des Bundesinstituts sind im Errichtungserlaß in zwar etwas hölzernem Deutsch, aber doch klar umschrieben: „Das Bundesinstitut hat die Aufgabe, die Bundesregierung auf der Grundlage eigener, in wissenschaftlicher Unabhängigkeit

durchzuführender oder zu veranlassender Erhebungen, Dokumentationen und ergänzender Forschungen in allen die Durchführung des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) vom 3. September 1971 betreffenden Angelegenheiten zu beraten und zu unterstützen“. Hier ist zunächst die gesetzliche Grundlage genannt, die dem Bund überhaupt erlaubt bzw. ihn verpflichtet, eine wissenschaftliche Einrichtung zu unterhalten, unabhängig von der allgemeinen Regel, daß Wissenschaft und Unterricht primär in die Zuständigkeit der Bundesländer fallen. § 96 des Bundesvertriebenengesetzes gibt ja dem Bund und den Ländern „entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit“ die Aufgabe, das kulturelle Erbe der Deutschen „in den Vertreibungsgebieten“ – gemeint sind sowohl die ehemals deutschen Ostprovinzen als auch die deutschen Siedlungsgebiete in den Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa – zu bewahren, zu pflegen, es weiterzuentwickeln und Kenntnisse darüber im Inland und im Ausland zu vermitteln. Eine Aufgabe, der sich der Bundestag und die Bundesregierungen seit 1949 zwar unterschiedlich intensiv in den einzelnen Zeitabschnitten, aber, insgesamt gesehen, doch überzeugt und auch erfolgreich angenommen haben.

Daß im Errichtungserlaß des Bundesinstituts ausdrücklich von „ergänzenden Forschungen“ gesprochen wird, zeigt, daß die Bundesregierung bei der Errichtung des Bundesinstituts sich sehr wohl bewußt war – und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesinstituts sind es ebenso –, daß eine große Zahl von Forschern und wissenschaftlichen Einrichtungen bereits an dem gleichen Ziel seit langem arbeitet, dem auch das Bundesinstitut gewidmet ist, und daß mit seiner Errichtung weder die Absicht noch die Möglichkeit verknüpft ist, diese vielfältigen, erfolgreichen, oft als Nebenberuf ausgeübten Forschungsaktivitäten etwa einzuschränken oder gar überflüssig zu machen. Im Gegenteil: Je umfangreicher seit 1982 von Jahr zu Jahr die Mittel wurden, die der Bund für Förderung von ostdeutschen Museen, wissenschaftlichen Tagungen, Veranstaltungen und Projekten zur Verfügung stellte, desto dringender wurde für die zuständigen Referate des Bundesinnenministeriums die Notwendigkeit, eine nachgeordnete Stelle zu haben, welche das Ministerium bei der konzeptionellen Arbeit, bei der Feststellung des – *horribile dictu* – „Forschungsbedarfs“ ebenso wie bei der Beurteilung der Förderungswürdigkeit von Projektanträgen zur Hand geht. Eigentlich aber beruht der Wert der Errichtung des Bundesinstituts wohl darin, daß hier neun Stellen für Wissenschaftler geschaffen worden sind, die sich nun nicht mehr nebenamtlich oder ehrenamtlich, sondern hauptamtlich mit ostdeutscher Landeskunde befassen.

Es gibt keinen Grund, die Forschungen über Ostdeutschland, die nach 1945 in der Bundesrepublik geleistet worden sind, geringzuschätzen. Überschaut man die Gesamtheit aller Publikationen, die seit dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik über die verlorenen deutschen Provinzen und die deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa erschienen sind, so ist darunter natürlich nur ein kleinerer Teil als „wissenschaftlich“ zu bewerten, ein Großteil sind Erinnerungsbücher, Bildersammlungen, Erzählbände, Manifestationen der Heimatliebe, des verletzten Rechtes, des Verlustes usw.; manchmal polemisch gegen unbegründete Ansprüche oder falsche Behauptungen etwa polnischer oder tschechischer Wissenschaftler oder Publizisten, manchmal wohl auch einseitig in der Behauptung des „deutschen Interesses“, mehrheitlich aber doch getragen sowohl von Trauer um das Verlorene als auch von Ver-

söhnungsbereitschaft und Anerkennung der komplexen Wirklichkeit vor und nach 1945. Auch das, was insgesamt den Ansprüchen der Wissenschaftlichkeit genügt, war nicht immer frei von Polemik und Einseitigkeit, konnte es wohl auch nicht sein, da auch in den östlichen Staaten Propaganda, durch Staatsideologie verdorbene oder gelenkte Wissenschaft und Nationalismus am Werke waren, welche die territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs im nachhinein dadurch zu rechtfertigen versuchten, daß die Geschichte der vorausgegangenen Jahrhunderte auf dieses Ergebnis hin getrimmt wurde. Auch Wissenschaftler sind Kinder ihrer Zeit, und wer die Verblendung der vergangenen Generation noch so kritisch aufdeckt, ist dennoch manchmal blind für seine eigene Eingebundenheit in zeitgenössische Moden und Strömungen.

Es kommt hinzu, daß die ostdeutsche Wissenschaft unter einem besonderen Handicap zu leiden hatte: Landeskundliche Forschung wird in der Regel von hauptamtlich arbeitenden Kräften geleistet, von Bibliothekaren, Archivaren, Schul- und Hochschullehrern usw. Auch wenn deren Hauptamt nicht Landesforschung heißt, wird es vom Dienstherrn doch zumindest gern gesehen, manchmal sogar stillschweigend vorausgesetzt, daß der Stelleninhaber auch Landesforschung betreibt; der Historiker etwa, der an einem regionalen Archiv arbeitet und nicht auch Landesforschung betreibt, wäre wohl eher ein Außenseiter in seinem Beruf. Von diesen Gegebenheiten lebt die Landes- und Regionalforschung in der Bundesrepublik, davon lebte früher auch die Landesforschung in den deutschen Ostprovinzen. Schlesische, pommersche und preußische Landesforschung wird nun dort von denjenigen betrieben, die heute dort in solchen Berufen arbeiten, sie bringt beachtliche Ergebnisse.

In der Bundesrepublik hingegen lebte ostdeutsche Landesforschung gleichsam im Exil, d. h. fast immer getrennt von den Quellen und Dokumenten, getrennt auch von der sie tragenden staatlichen oder kommunalen Organisation, denn ein Hauptamt in der Bundesrepublik – sei es auch das eines Bibliothekars oder Archivars – führt in der Regel nicht zwangsläufig zur Beschäftigung mit der ostdeutschen Geschichte, sondern eher weg davon. Um so erstaunlicher ist es, daß unter diesen doch ungünstigen Gesamtbedingungen eine vielfältige Forschung über Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (so der Terminus *technicus*, wenn man, aus welchen Gründen auch immer, das Wort „ostdeutsch“ vermeiden will) entstanden ist, die methodisch kein Einzelleben führt, sondern nach Standards und Fragestellungen jedem Vergleich standhält und gute Ergebnisse vorzeigen kann. Je mehr aber die Angehörigen der Erlebnisgeneration zu arbeiten aufhören, desto dringender ist es, die Arbeitsbedingungen oder ostdeutschen Forschungen denen anzugleichen, die in der hiesigen Landesforschung herrschen. Konkret gesprochen: So sehr es zu begrüßen ist, daß Kommunen, Länder und Bund viele Mittel für wissenschaftliche Projekte bereitstellen – große wissenschaftliche Vorhaben wie umfassende Quelleneditionen, Handbücher, Gesamtdarstellungen können in der Regel nur von solchen Kräften bewerkstelligt werden, die sich hauptamtlich, d. h. voll und ein Leben lang mit bestimmten Vorhaben beschäftigen können. Die Errichtung von Lehrstühlen mit ostdeutschem Bezug in Düsseldorf, Lüneburg, Leipzig und wahrscheinlich in Greifswald weist also in eine sinnvolle Richtung, und zu wünschen ist, daß die Zahl hauptamtlicher Wissenschaftlerstellen auch an den Instituten der Kulturstiftungen vermehrt wird.

Inzwischen wird man auch bemerkt haben, daß jene Befürchtung unbegründet war, die am Anfang geherrscht hatte, daß nämlich die Errichtung des Bundesinstituts finanziell zu Lasten der Dotation anderer ostdeutscher Institute oder zu Lasten des Topfes geschehen würde, aus dem wissenschaftliche Projekte unterstützt werden. Insofern handelt es sich bei der Errichtung des Bundesinstituts zunächst einmal um eine Vermehrung des hauptamtlich auf diesem Gebiet tätigen wissenschaftlichen Potentials in der Bundesrepublik; darüber hinaus natürlich auch um eine Vermehrung der Arbeitskraft des Bundesministeriums des Innern, das sich des Bundesinstituts bedient.

Von dieser Beratertätigkeit des Bundesinstituts sieht die Öffentlichkeit nichts. An die wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit, nicht an die sogenannte „breite“ Öffentlichkeit, wendet sich das Bundesinstitut mit zwei Reihen, die im Oldenbourg Verlag erscheinen: einmal den „Schriften des Bundesinstituts“; der erste Band ist inzwischen erschienen, das „Quellenbuch zur Evangelischen Kirche in Schlesien“. Als nächste Werke in dieser Reihe werden eine Darstellung der deutschen Siedler im Schwarzmeergebiet bis 1914 von Detlef Brandes erscheinen, eine Übersetzung des Informators des Breslauer Staatsarchivs, die Übersetzung des Buches des tschechischen Historikers Tomáš Staněk über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach 1945 sowie eine Übersetzung des grundlegenden Werkes von Zientara über Herzog Heinrich von Schlesien. Da ist zum anderen unter dem Titel „Berichte und Forschungen“ das Jahrbuch des Bundesinstituts, dessen erster Band Anfang 1993 erscheint; ein wichtiger Teil dieses und aller weiteren Bände ist der jeweils aktualisierte Informationsdienst über laufende ostdeutsche Forschungen in Deutschland und – zunehmend auch – im Ausland, insbesondere den östlichen Nachbarländern.